

Russen zugleich ein Garant gegen antirevisionistische Verführungen der Partei, machte den „internationalistischen“ Teil der Partei aus. Sein innerparteiliches Macht- und Befehlszentrum war das neugebildete Sekretariat. Dieser Apparat war umgeben von dem cordon sanitaire der DKP als Mitgliederpartei, als Wahlwettbewerber und als normaler Teilnehmer an der bundesrepublikanischen Parteienlandschaft. Dieser Seite entsprachen die legalen Parteistrukturen nach dem Parteiengesetz mit Vorstand und Präsidium an der Spitze. Die Aufgabe der neuen Sekretariatsspitze war es, die ineinander verflochtenen, teilweise widersprechenden Anforderungen an die Partei zu vermitteln und diese eigenartige Gesamtkonstruktion der Partei aufrecht zu erhalten. Es war daher kein Wunder, daß auch in der DKP mit der Selbstauflösung des „internationalistischen“ Sowjetimperiums die zentrifugalen Kräfte die Oberhand gewannen über die zentripetalen.

### III. *Zum apparativen Verhältnis von SED und DKP*

#### 1. *Anleitung und Kontrolle*

Ein wichtiger Punkt in allen Auseinandersetzungen mit der DKP war immer wieder die Frage nach ihrer inneren Abhängigkeit von, wenn nicht gar Fernsteuerung durch die SED. In der kommunistischen Begriffsnomenklaturl wird dieser Sachverhalt als „Anleitung und Kontrolle“ bezeichnet.

Hinter diesen Begriffen verbirgt sich ein besonderes kommunistisches Führungsprinzip des demokratischen Zentralismus zwischen unterschiedlichen hierarchischen Ebenen. Die Frage ist nun, ob man davon ausgehen kann, daß die DKP im selben oder in ähnlichem Maße weisungsgebundenen gegenüber der SED-Führung war wie eine ZK-Abteilung oder eine Bezirksleitung.

Formell trifft dies sicherlich nicht zu. Die DKP galt als eine selbständige Partei und seit 1971 als der anerkannte Vertreter der kommunistischen Weltbewegung in der Bundesrepublik. Das bedeutete, daß Beschlüsse des SED-Politbüros nicht automatisch in die Parteigliederungen der DKP „durchgestellt“ werden konnten, wie Honecker dies für die SED auszudrücken pflegte. Dies verhinderte jedoch nicht, daß sich im Laufe der Zeit ein Stil des devoten Anleitungserbittens zwischen DKP und SED entwickelte. Schon im Vorfeld wichtiger Entscheidungen suchten der Parteivorsitzende Bachmann, viel öfter aber sein Stellvertreter Mies oder andere Präsidiumsmitglieder die SED-Führung zu Konsultationen und Abstimmungsberatungen auf, um schon im Vorfeld von Entscheidungen jegliche Konfliktmöglichkeit auszuschalten.

So seltsam es klingen mag angesichts der rasselnden Klassenkampfrhetorik nach außen: nach innen erweisen sich kommunistische Machtapparate als außerordentlich konfliktscheu, wobei sie freilich im Entscheidungsfall dem

Unterlegenen auch noch die moralische Schuld für den Konflikt an sich zuschieben. Dieser akzeptiert in der Regel die Spielregeln und übt Selbstkritik. Dies scheint jedoch auch eine Generationenfrage gewesen zu sein. Während Reimann wie Ulbricht noch hochdramatische Konflikte inszenierten, pflegte Mies von der DKP-Seite aus einen entschiedenen Konfliktvermeidungskurs. Mehrfach reiste er kurzfristig nach Ost-Berlin oder schickte handgeschriebene Briefe mit absoluten Interna an das ZK der SED, nur um durch persönliches Erscheinen oder persönliche Mitteilung auch nicht den Schatten eines Zweifels an seiner Loyalität gegenüber der SED entstehen zu lassen.

In der in diesem Gutachten betrachteten Periode von 1969 bis 1980 stattete der stellvertretende Parteivorsitzende und Leiter des Sekretariats, seit 1973 Parteivorsitzende der DKP, Herbert Mies, dem ZK der SED einschließlich dessen Generalsekretär nicht weniger als 58 persönliche Besuche ab – jedenfalls insoweit dies die bisher vorliegenden Akten belegen. Die Zahl dürfte sich also noch erhöhen. Abgesehen davon sind zu 22 Terminen Besuche anderer Präsidiumsmitglieder im ZK der SED in den Akten nachgewiesen, 18 Mal erschienen ZK-Abgesandte bei der DKP in der Bundesrepublik, aber nur 10 Mal gab es Kontakte auf beiden erwähnten Ebenen zwischen der DKP und der KPdSU. Die Beratungsstränge der DKP liefen eindeutig nach Ost-Berlin, und sie lagen in der ganz überwiegenden Zahl der Fälle zeitlich vor denen mit den Russen. Hier wurden auch die Prioritäten deutlich.

Seit Anfang der 70er Jahre, d.h. mit Beginn der Ära Honecker, gab es eine deutliche Veränderung im Anleitungsverhalten der SED. Mehr und mehr wurden wichtige Entscheidungen der DKP-Gremien zur direkten Sache des Generalsekretärs. So griff Honecker z. B. direkt in die konzeptionelle Vorbereitung des Hamburger Parteitages der DKP von 1973 ein, 1976 korrigierte er höchstpersönlich den Entwurf einer Parteivorstandsrede von Mies, 1977 erarbeiteten Mies und der Leiter der Westabteilung im ZK, Herbert Häber, gemeinsam in Ost-Berlin das Parteiprogramm zum Parteitag 1979; Honecker brachte daran seinerseits massive Korrekturen an, bevor der Entwurf sodann erst den Russen zur Billigung vorgelegt wurde; 1978 entwarf Honecker vor Mies in zwei Treffen die Linie des Mannheimer Parteitages; 1980 erbat Mies regelrecht die Anleitung durch Honecker zur Formulierung der Wahlstrategie der DKP. Die Liste der Beispiele ließe sich fast beliebig vermehren. Turnusmäßig kam es auch vor, daß Mies mit den DKP-Bezirksvorsitzenden Sitzungen in Ost-Berlin abhielt.

Seit Mitte der 70er Jahre gab es von Seiten des ZK-Apparates nicht nur eine zunehmende Zahl von Besuchen in der Bundesrepublik. Diese Besuche wurden unter Herbert Häber geradezu zu einem Instrument der Instruktion entwickelt. Es war auch Häber, der im Vorfeld des Landtagswahlkampfes anlässlich einer derartigen Reise nach Nordrhein-Westfalen den begriff dafür prägte: „Um zu vermeiden, daß diese Reise als eine Art Instruktoreinsatz zur

DKP erscheint, würde ich zu Beginn unsere Vertretung in Bonn aufsuchen.“<sup>128</sup> Häber inspizierte 1977 auch höchstpersönlich eines der bekanntlich viel Geld verschlingenden UZ-Pressefeste. Strategische politische Konzepte wie z. B. Wahlkonzepte zu Bundestagswahlen oder Bündniskonzepte wie z. B. in der Anti-Nachrüstungskampagne zum taktischen Umgang mit der Bewegung der Umwelt-Bürgerinitiativen kamen in der Regel aus dem ZK-Apparat und wurden erst dann in „Beratungen“ der Parteispitze der DKP bekannt gemacht und von dieser übernommen. Während der großen politischen Krisen des Ostblocks wie der Niederschlagung des Prager Frühlings, während der Unruhen in Polen 1970 und der Solidarnosc-Bewegung 1980, konnte die SED fast blind auf die Vasallen-Treue ihrer westdeutschen Genossen bauen. Die gleiche Treue galt auch gegenüber den eurokommunistischen Versuchungen durch die großen zeitweise sehr erfolgreichen KP's aus Südeuropa. In diesen Fällen mußte die DKP nicht erst auf die richtige Linie gebracht werden. 1980 gar glänzte der DKP-Vorsitzende Mies durch eine eigenständige Heldenleistung gegenüber den aufsässigen polnischen Kommunisten: Er schickte ein Protestschreiben an den polnischen Botschafter in Bonn und verwahrte sich dagegen, daß der KP-Reformer Rakowski sich freimütig und natürlich unzensiert in westdeutschen Medien über die polnische Krise zu äußern gewagt hatte, obwohl nach den ungeschriebenen Gesetzen der orthodoxen Kommunisten hierfür die nationale KP des jeweiligen Landes, also die DKP mit der „UZ“ zuständig gewesen wäre. Folglich drohte Mies dem Botschafter (!) und nicht etwa Rakowski an, daß Dinge gesagt worden wären, „die unsererseits nicht unwidersprochen bleiben können.“<sup>129</sup>

Auf die „Selbständigkeit“ der DKP zur Ulbricht-Zeit warf ein anderer interner Vorgang bezeichnendes Licht. Als während der sog. September-Streiks 1969 in der Bundesrepublik die DKP-Führung sich auf einer Tour nach Warschau und Moskau befand, verlangte Ulbricht den Abbruch der Reise noch vor dem Moskau-Aufenthalt und setzte sich durch: „Bei ihrer Rückkehr aus Warschau akzeptierten die Genossen Bachmann und Mies die Argumente für eine Verschiebung der Aussprache mit der KPdSU und teilten dem ZK der KPdSU über die hiesige Botschaft ihre Absage und ihre Begründung dafür mit“<sup>130</sup>, konnte die ZK-Abteilung zufrieden ins Politbüro der SED melden. Die vorliegende Expertise muß es bei diesen exemplarischen Belegen bewenden lassen.

8. Empfehlung: Es wäre sicherlich sehr fruchtbar und empfehlenswert, diesen Sachverhalt durch eine deatillierte Strukturanalyse über die ganze Zeitachse

128 SED-Hausmitteilung, Westabteilung an Genossen Erich Honecker, 7.1.75. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202–501.

129 Wortlaut des Briefes von Genossen Herbert Mies an den Botschafter der VR Polen, Chylinski, vom 3.9.1980. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202–503.

130 SED-Hausmitteilung, „Arbeitsbüro“ an Genossen Matern, 19.9.69, SAPMO-BARCH ZPA-Sign. IV 2/10.03–4.

von 1968 bis 1989 zu klären. Hängt doch von diesen Ergebnissen in erster Linie ein letztendliches Urteil darüber ab, wie selbständig die DKP nun wirklich war. Nach Meinung des Gutachters deuten die meisten Indizien jedoch darauf hin, daß es sich bei der DKP um einen substanziell weisungsgebundenen Apparat der SED mit einer gewissen formellen Selbständigkeit gehandelt hat, die den von der SED nicht beeinflußbaren Existenzumständen geschuldet war.

## 2. *Sonderverhältnisse zwischen SED und DKP*

Zu den Sonderverhältnissen zwischen beiden Parteien gehört sicherlich die abgestimmte Abschirmung der illegalen und konspirativen Tätigkeit auf dem Territorium der Bundesrepublik. Wie bereits erwähnt wurden hierzu so gut wie keine Aktenfunde gemacht.

Die wenigen Hinweise, die sich in den Akten von „Arbeitsbüro“ und Westabteilung dennoch verloren, geben einige interessante Hinweise auf DKP-Interna.

1. In der internen Information Nr. 73 informierte am 9.1.1969 die ZPKK der KPD Politbüro und Sekretariat über den Parteitag der maoistischen Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten mit Interna, die auf einen Beobachter vor Ort hindeuten. Daß eine maoistische Konkurrenzorganisation fast gleichen Namens den besonderen Argwohn der KPD/DKP-Funktionäre hervorrief, war eigentlich nicht ungewöhnlich. Bemerkenswert war jedoch, daß die ZPKK als eine Art Parteigeheimdienst offensichtlich auch für außerparteiliche „Aufklärungsarbeit“ in „Feindesland“ zuständig war und darüber ihren Gremien berichtete. Dies gibt möglicherweise auch Hinweise auf Strukturen und Usancen innerhalb der DKP.

2. Am 2.2.73 informierte Mies in einem Brief Honecker und Norden über einen schweren Disziplinarfall. Ein Präsidiumsmitglied und ein Mitglied des Sekretariats wurden den schweren Verstoßes gegen die Sicherheitsbestimmungen beschuldigt, weil sie offensichtlich Kaderunterlagen und vertrauliche Sitzungsunterlagen preisgegeben hatten. Beide wurden ihrer Funktionen entbunden und verwarnt. Um die völlige Offenlegung des Sachverhalts vor dem Parteivorstand zu vermeiden, wurde ein Ausschluß aus dem Parteivorstand, den Reimann in einem persönlichen Gespräch mit Mies gefordert hatte, umgangen. Beide Beschuldigten wurden jedoch von den folgenden Parteivorstandstagen ausgeschlossen. Im Präsidiums-Beschluß stand die altbekannte Formel: „Sie [die betroffenen Genossen] haben dieser erzieherischen Konsequenz vollkommen zugestimmt und sie als richtig und notwendig gebilligt.“<sup>131</sup> Der Beschluß selbst wurde vertraulich behandelt und nicht veröffentlicht.

<sup>131</sup> SED-Hausmitteilung, Westabteilung an Genossen Erich Honecker, 6.2.73. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202-500.

3. Am 31.1.1978 behandelte das Präsidium der DKP eine Vorlage über die „Entlarvung von Agenten und Provokateuren seit Konstituierung der DKP bis Dezember 1977.“<sup>132</sup> Danach hatte man im genannten Zeitraum 91 „Agenten“ und „Provokateure“ entlarvt, von denen man 2 dem Bundesamt und 39 den Landesämtern für Verfassungsschutz, 9 der politischen Polizei, 8 dem militärischen Abschirmdienst, 4 dem BND, 3 ausländischen Geheimdiensten und 4 dem Nachrichtendienst der CDU zuordnete. Bei 23 der 91 konnten Kontakte zu Geheimdiensten oder zu „antikommunistischen Zentralen“ jedoch nicht nachgewiesen werden. Alle Verdächtigten waren kaum länger als 2 Jahre in der Partei, mehr als die Hälfte (47) bekleideten innerparteiliche Funktionen vor allem als Gruppenvorstände, einige jedoch auch auf höheren, zum Teil höchsten Ebenen.

4. Im März 1978 berichtete der Sekretär des Parteivorstands über 97 Parteiordnungsverfahren im Jahre 1977, von denen 2/3 abgeschlossen und 1/3 mit Ausschluß endeten.<sup>133</sup> Für den Zeitraum von 1969 bis 1977 errechnete man nun insgesamt 277 Ausschlüsse.

5. Im Dezember 1979 hatte die DKP mit einer für sie dubiosen Flugblattaktion eines „Leverkusener Kreises“ von DKP-Mitgliedern zu kämpfen, die sich angeblich an der Karl-Liebknecht-Schule, der Parteischule der DKP, kennengelernt haben wollten und nun Stimmung gegen eine unterwürfige, SED-hörige und bestechliche Parteiführung machten. Auf der 4. Parteivorstandstagung hielt der Vorsitzende der Zentralen Schiedskommission der DKP, Günter Weiß, eine Rede, in der er diesen Vorgang als Provokation des Verfassungsschutzes darstellte.

Hier geht es freilich weniger um eine Verifizierung des Vorgangs oder der Vorwürfe, sondern um die Feststellung der Tatsache, daß der Vorsitzende der Schiedskommission für die Aufklärung und Gegnerabwehr zuständig ist.

6. Im Dezember 1979 wurde erneut ein Präsidiumsmitglied, zugleich Bezirksvorsitzender, von seinem Amt suspendiert. Ihm wurden antisowjetische Ausfälle in betrunkenem Zustand vorgeworfen. Die Strafmaßnahme wurde durchgesetzt, obwohl der Betreffende sich auf eine Hausmacht in seinem Parteibezirk stützen konnte. Auch hier lag ein devotes Selbstbeichtigungsschreiben in bester stalinistischer Manier des Betroffenen nicht nur vor, sondern auch in den Akten der SED! Darin bescheinigte er sich „einen ungesunden persönlichen politischen Ehrgeiz ... und eine Mißachtung der Kollektivität durch Selbstherrlichkeit bis hin zur Anmaßung politischer Eigenmächtigkeiten“.<sup>134</sup> Immerhin brachte dies dem Betroffenen noch die Versetzung in die zentrale Wahlkampfleitung zur Bundestagswahl ein.

132 März 1978. Entlarvung von Agenten und Provokateuren seit der Konstituierung der DKP bis Dezember 1977. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202–502.

133 DKP Parteivorstand. 17.3.1978. An das ZK der SED. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202–502.

134 5. Dezember 1979. Information. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202–502.

7. Im April 1980 lag der Westabteilung erneut eine Information der DKP zu Parteiordnungsverfahren im Jahre 1979 vor.<sup>135</sup> Danach hatte es 1979 46 Parteiordnungsverfahren gegeben nach 64 im Jahre 1978. 15 Verfahren endeten 1979 mit Ausschluß, sieben mit dem Austritt. Über die Hälfte der davon Betroffenen bekleidete Funktionen in Gruppenvorständen und auf Kreisebene. Höhere Parteiebenen wurden nicht erwähnt. Wieder sollen sich 6 „Agenten“ und „Provokateure“ darunter befunden haben.

8. Am 31.3.1982 verfaßte die zentrale Schiedskommission der DKP den entsprechenden Überblick für das Jahr 1981.<sup>136</sup> Danach war die Zahl der Verfahren insgesamt weiter zurückgegangen (27), ebenso die Zahl der Ausschlüsse (17). Wie schon 1979 und 1980 hatte es keine Ausschlüsse mehr wegen politisch gegensätzlicher oder feindlicher Positionen gegeben, wohl aber einen Anstieg in der Anzahl ausgeschlossener „Agenten“ und „Provokateure“. Erstmals machte sich der Bericht jedoch Gedanken darüber, ob Ausschlossene nicht andernorts den Wiedereintritt versuchten und ob nicht die den Parteiordnungsverfahren Unterworfenen einer systematischen Ausforschung über „Arbeitsweise, Methoden, Hintermänner, Zeitraum der Agententätigkeit usw.“ zugeführt werden sollten. Ob hier nun ein Verschwörungssyndrom bei den Verantwortlichen vorlag oder nicht; man wollte sich in „echter“ geheimdienstlicher Tätigkeit versuchen jenseits aller datenschutzrechtlichen Vorschriften, denen diese Partei formell ja unterlag.

### 3. *Finanzierung und Finanzquellen*

Ein weiterer Punkt des Gutachtenauftrages lautete, angesichts der neuen Materiallage das Augenmerk auf erweiterte Möglichkeiten zu richten, das Finanzgebaren der DKP stärker als bisher zu erhellen.

Die weitestgehenden Untersuchungen über Finanzgebaren und Finanzquellen der DKP liegen in den Arbeiten von Karlheinz Winkler und Götztrik Wewer vor. Während Winkler eine Schätzung des erforderlichen Etats auf der Grundlage der sichtbaren ausgabenwirksamen Aktivitäten der DKP vornimmt und von daher die These von der „100-Millionen-Partei“ aufstellt, schildert Wewer Details der finanztechnischen Abwicklung und lenkt den Blick vor allem auf die Auslandsfirmen als die „Bankschalter der SED“, an denen die DKP ihre Schecks einlöste. Die Arbeit von Wilke u. a. gibt einen zusammenfassenden Überblick vom Stand 1990 zu Beginn der sich öffnenden Archive.

135 Westabteilung. im April 1980. Information zu Parteiordnungsverfahren 1979 in der DKP. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/202–503.

136 Zentrale Schiedskommission. 31.03.1982. Vorlage. Betr.: Information über Parteiordnungsverfahren und Verfahren zur Wahrung statutarischer Rechte im Jahr 1981. SAPMO-BARCH ZPA-Sign. J IV 2/10.02–8.

Aus dem ersten und zweiten Teilbericht des Schalck-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages sind nun eine Reihe zusätzlicher Details bekannt geworden, die die in den angegebenen Arbeiten aufgestellten Thesen weitgehend stützen. Auf die folgenden Dokumente ist in diesem Zusammenhang aufmerksam zu machen:

Dokument 142: „Ordnung für die einheitliche Leitung und Kontrolle der Tätigkeit der Firmen in der BRD und anderen kapitalistischen Ländern, die sich im Eigentum der SED befinden.“<sup>137</sup> Die „Ordnung“ legt u. a. fest, wie die fingierten Arbeitsverhältnisse der „in den Firmen verankerten Berufsrevolutionäre“ vor den Behörden abzusichern sind. Dabei wird auf die „bisherige Praxis“ verwiesen, wonach „der Leiter der Abteilung Verkehr Vorschläge für Geschäftsführer und Prokuristen der Firmen unterbreitet, die DKP-Mitglieder sind.“ Es wird auch auf die Praxis von Sonderzuwendungen für die „Bruderparteien“ verwiesen: „Auf Vorschlag der Bruderparteien, wie DKP, SEW u. a. werden diesen Parteien bestimmte Geschenke in Spendenform für Pressefeste, Parteitage usw. in Abstimmung mit der Abteilung Verkehr und des Staatssekretariats für Kommerzielle Koordinierung zur Verfügung gestellt.“ „Die Druckereien HESKA GmbH, Hainburg und HESKA-PORTUGUESA in Lissabon sowie Druckerei und Verlag GmbH Plambeck & Co. werden wie bisher von der Abteilung Verkehr betreut.“ Heska und Plambeck gehörten zum Medienimperium der SED und stellten u. a. die sog. Messe-Magazine her, in denen westliche Ausstellungsinteressenten an den DDR-Messen mit überhöhten Inseratspreisen Geld für die DKP mobilisieren halfen. Aus dem Dokument angefügten Leseabschrift von Anlagen geht hervor, daß von der DKP, der Redaktion „UZ“ und dem Bundesvorstand der SDAJ genutzte Immobilien SED-Parteivermögen waren und durch Firmen des Bereichs Kommerzielle Koordination verwaltet wurden.

Dokument 202 gibt für das Jahr 1988 eine Abrechnung der Valutaeinnahmen der SED-Firmen wieder.<sup>138</sup> Daraus ist u. a. ersichtlich, daß die Parteizeitung „UZ“ eine jährliche Subvention von 12 Mio DM erhielt. Karlheinz Winkler hatte mit seiner indirekten Schätzmethode für das Jahr 1975 einen jährlichen Fehlbetrag von lediglich 2,6 Mio DM errechnet. Diese Differenz kann nicht allein preissteigerungsbedingt erklärt werden.

Dokument 243 beleuchtet im Vorfeld der Bundestagswahl 1976 die Praxis der SED, am DDR-Geschäft interessierte westliche Firmen für Spenden zur Finanzierung des DKP-Wahlkampfes heranzuziehen.<sup>139</sup> Auf diese Weise gelang es innerhalb weniger Monate, mehr als 760.000,- an Spenden für den Wahlkampf der DKP zu mobilisieren, wie Schalck-Golodkowski in

137 Deutscher Bundestag: Erste Beschlußempfehlung und erster Teilbericht..., BT-Drucksache 12/3462, S. 1085 ff.

138 a.a.O., S. 1500 ff.

139 Deutscher Bundestag, a.a.O., S. 1760 ff.

einem an Honecker gerichteten Informationsschreiben berichtete.<sup>140</sup> Wie ein zusätzlicher handschriftlicher Vermerk auf dem Dokument 243 belegt, ergab sich jedoch die Schwierigkeit, „daß sich die meisten westdeutschen Firmen unter dem Druck des Bundesverfassungsschutzes weigern, offene Spenden unter ihrem Namen auf die Konten des DKP-Parteivorstandes zu überweisen. Trotz dieser Lage wurden die notwendigen Maßnahmen zur Durchführung dieses Auftrages sofort eingeleitet. Es wird für nützlich erachtet, solche politisch wichtigen Maßnahmen etwas langfristiger anzukündigen, um optimale Ergebnisse erreichen zu können.“<sup>141</sup>

Ausdrücklich wird in dem Dokument der vierfache Zweck derartiger Firmen Gründungen noch einmal resümiert: Sie gaben die legale Basis ab für die Beschäftigung hauptamtlicher Parteikader, sie sollten die legale Inserierung in der Parteipresse und anderen Publikationen und die legale Überweisung von Geldspenden an die Partei ermöglichen sowie erlauben, Bargeldtransaktionen für die Partei durch ausgewählte Firmenangestellte abzudecken. In der Anhörung des 1. Untersuchungsausschusses wurden diese Angaben durch den Zeugen Ahrend vom Bundesamt für Verfassungsschutz bestätigt. Nach seinen Aussagen hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz Erkenntnisse, daß die Geschäftsführer der Parteifirmen die Geldkurier der DKP waren, und zwar auch für ganz erhebliche Bargeldbeträge.<sup>142</sup> Diese Aussage wurde nicht nur durch die Angaben des Zeugen Wildenhain, ehem. Leiter der ZK-Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe gestützt, sondern auch durch die publizierte Großspenderliste der DKP.<sup>143</sup> Danach waren die drei größten privaten Einzel-„Spender“ der DKP in den Jahren 1986 bis 1988, die der Partei insgesamt 2,7 Mio. DM zukommen ließen, zugleich Geschäftsführer in SED-Firmen.<sup>144</sup> Eindeutige Belege hierfür ergeben sich aus dem zweiten Teilbericht des Schalck-Ausschusses.<sup>145</sup>

Ein anderer Umstand deutet jedoch auf noch erheblichen Aufklärungsbedarf hin. Es wurden und werden außerordentlich differierende Angaben um den Gesamtumfang der jährlichen Finanztransfers gemacht. Karlhein Winkler ging auf der Grundlage seiner externen Schätzmethode von einem jährlichen Gesamtetat der Partei incl. Neben- und Vorfeldorganisationen von rund 100 Mio. DM aus, wovon die Partei 5–6 Mio. DM aus eigenem Aufkommen

140 Information über den Stand der Spendenaktion DKP, abgezeichnet „EH. 25.8.76“. Kopie liegt dem Gutachter vor.

141 Deutscher Bundestag, ebda.

142 1. Untersuchungsausschuß, Anhörung am 28.10.1933.

143 Diese Angaben sind für die Jahre 1970–1988 zusammengestellt in: Wilke u. a.: Die DKP, a.a.O., S. 140 ff.

144 Es handelt sich um den DKP-Mitbegründer Wilhelm Schwettmann sowie um die Geschäftsführer Georg Gattel und Walter Welker.

145 Zweite Beschlußempfehlung und zweiter Teilbericht, a.a.O., III. Beschreibung der zum Bereich Kommerzielle Koordinierung gehörenden Unternehmen, S. 80 f. Alle drei waren für Unternehmen der Firmengruppe Wittenbecher & Co. tätig.



aufgebracht habe. Der Zeuge Wildenhain gab jährliche Zuwendungen an die DKP in Höhe von 50 bis 60 Mio. DM und an die SEW in Höhe von 12 bis 15 Mio. DM an, die aus seinem Bereich nach bestätigten Jahresplänen an die beiden Parteien flossen. Zusätzliche Finanztransfers aus anderen Quellen mochte er nicht ausschließen. Der Zeuge Ahrend gab an, daß nach seinem Kenntnisstand die Beitragsmoral der DKP-Mitglieder außerordentlich zu wünschen übrig ließ und daher in Wirklichkeit als minimal und weit unterhalb der offiziellen Angaben der Partei einzuschätzen sei. Danach wäre der Anteil der Fremdfinanzierung am Gesamtetat der DKP auf über 95% anzusetzen gewesen bei einem geschätzten Etatvolumen von ca. 80 Mio. DM.

Betrachtet man im Gegensatz zu dieser Quellenlage die tatsächliche Auskunftskraft der bislang im Bundesarchiv zugänglichen Materialien, so läßt sich deren Aussagebereich folgendermaßen eingrenzen:

Die im ZK-Sekretariat beschlossenen Gesamtfinanzpläne der SED geben zwar summarisch die Aufwendungen für die Westarbeit an, jedoch nur in Mark der DDR, und d.h. für jene Teile, die als Personal- oder in der DDR erbrachte Sachaufwendungen dort ausgabewirksam wurden. Sämtliche Transfers, und das wären die im Rahmen dieser Expertise interessanten Informationen gewesen, sind in einer solchen Bilanzierung nicht erfaßt, sondern wurden getrennt und in der Regel verdeckt abgewickelt.

Der Vergleich der Aussagekraft dieser wenigen Angaben belegt, daß die entscheidenden Quellen bislang alle außerhalb des bis dato gesichteten Quellenbestandes im ehem. SED-Parteiarchiv zu lokalisieren gewesen sind. Hinweise darauf, daß aufgrund ungesichteter Materialien hier eine dramatische Trendwende zu erwarten wäre, haben sich bisher nicht ergeben.

9. Empfehlung: Aus den genannten Gründen wäre es ratsam, zu einem späteren Zeitpunkt in einer gesonderten Expertise die bis dahin disparat angefallenen Erkenntnisse über das Finanzwesen der SED im Verhältnis zur DKP zusammenzuführen und dabei insbesondere die folgenden, z.T. bereits erwähnten Quellen heranzuziehen:

1. Teilberichte des 1. Untersuchungsausschusses
2. Auskünfte der Unabhängigen Kommission Vermögen der Parteien und Massenorganisationen und der Treuhandanstalt
3. Auskünfte des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit
4. Die beim PDS-Vorstand gelagerten KPD- und DKP-Archivalien